

Die Papua in Indonesien unter Druck

Bericht eines Anwalts aus Westpapua

Aus dem von Indonesien beherrschten Westteil der Insel Neuguinea dringen selten Nachrichten nach aussen. Ein einheimischer Menschenrechtsanwalt zeichnet ein düsteres Bild der Lage in Westpapua. Es soll zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gekommen sein, beispielsweise sei auf Demonstranten geschossen worden.

O. I. Unter der Bezeichnung Irian Jaya, Westpapua oder einfach Papua hat sich Indonesien die westliche Hälfte der Insel Neuguinea 1969 unter fragwürdigen Umständen einverleibt. Seither sind die Spannungen zwischen den dunkelhäutigen Papua-Stämmen und den indonesischen Einwanderern, die mehrheitlich als Besetzer betrachtet werden, nicht mehr abgeklungen. In den gebirgigen Urwäldern existiert eine zumeist nur mit Pfeil und Bogen sowie Schrotflinten bewaffnete Befreiungsorganisation, die Organisasi Papua Merdeka (OPM, Bewegung Freies Papua). Indonesien hat dem Territorium zwar eine Teilautonomie zugestanden, gleichzeitig wird die Freiheitsbewegung mit einer klassischen Anti-Aufstandstaktik bekämpft.

Schüsse auf Demonstranten

Da der unabhängige Zugang zu Irian Jaya durch Indonesien beschnitten wird, dringen nur gelegentlich Nachrichten über die Lage der Menschenrechte an die Öffentlichkeit. Bei einem Besuch des Papua-Anwalts Yan Christian Warinussy in Zürich wusste der Mitbegründer der Menschenrechtsorganisation Institute for Analyzing, Investigation and Development for Legal Aid von brutalen Übergriffen zu berichten, die in keiner indonesischen Zeitung Eingang gefunden hätten und nur dank den Kanälen von Nichtregierungsorganisationen ans Licht gekommen seien. Laut dem Anwalt nahmen die Menschenrechtsverletzungen rund um die indonesischen Parlamentswahlen von Anfang April stark zu. Bei von Studenten angeführten Demonstrationen in den Städten Nabire, Jayapura, Wamena und Biyak seien Tote nach Schüssen der Spezialeinheit Brimob, von Milizionären oder Geheimdiensten zu beklagen gewesen. Auch ein Soldat sei umgekommen.

Die Parlamentsabgeordneten aus den Papua-Provinzen sind laut dem in Manokwari lebenden Yan Christian Warinussy zu vier Fünfteln Indonesier. Teilweise residierten diese nicht einmal in Papua. Das staatliche Umsiedlungsprogramm, das Javaner nach Papua verfrachte, um dort die Bevölkerungsbalance zuungunsten der Einheimischen zu verändern, sei zwar 1999 offiziell eingestellt worden. Trotzdem seien seither noch eine halbe Million Indonesier zugewandert. In praktisch allen Städten bildeten die Indonesier bereits die Mehrheit.

Yudhoyono hat nicht volle Kontrolle

Warinussy attestiert zwar dem indonesischen Präsidenten Yudhoyono lautere Absichten wie kaum einem Amtsvorgänger. Jedoch könne der Präsident gegen die Menschenrechtsverletzungen nicht im richtigen Mass vorgehen. Aufs Militär wie auch auf den Geheimdienst, den der Präsident ohnehin nicht vollständig kontrolliere, sei

der Staatschef angewiesen, wenn er demnächst wiedergewählt werden wolle. Die Umweltzerstörung durch Holzfirmen gehe ungebrems weiter. Ebenso fügten Bergbauunternehmen wie das amerikanische Goldunternehmen Freeport weiter der Natur Schaden zu und arbeiteten mit dem Militär bei der Unterdrückung der Papua zusammen. Hingegen lobende Worte findet Warinussy für British Petroleum, die in der Bucht von Bintuni gegenwärtig das riesige Gasfeld von Tangguh in Betrieb nimmt. Die Firma schickt sämtliches Wach- und Sicherheitspersonal in Kurse über Menschenrechte. Dies hatte unter anderem eine unabhängige Kommission, die vom amerikanischen Senator Mitchell präsiert worden war, empfohlen.

Die Aussagen Warinussys decken sich im Wesentlichen mit dem Bild, das Amnesty International oder lokale Menschenrechtsorganisationen zeichnen. Tapol meldet zum Beispiel, dass kürzlich rund tausend Demonstranten die Zufahrt zum Flughafen in Sentani blockiert hätten, nachdem der Sohn eines lokalen Stammeschefs von der Polizei erschossen worden war. Warinussy befand sich übrigens in der Schweiz auf Einladung der Peace Brigades International Bern, die unter schwierigen Umständen eine ständige Beobachterdelegation in einigen Städten Papuas stationiert haben.